Beschlussvorlage

Drucksachen-Nr. 0305/2010
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr	24.06.2010	Entscheidung

Tagesordnungspunkt A 16

Erhebung von Erschließungsbeiträgen nach dem Baugesetzbuch (BauGB) für die Erschließungsanlagen Moureauxstraße und Herkenfelder Weg im Wege der Kostenspaltung

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr fasst folgenden Beschluss:

Die Erschließungsanlagen Moureauxstraße und Herkenfelder Weg sind gemäß § 8 Abs. 1 und 2 der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen in der Stadt Bergisch Gladbach vom 25.07.1988 (EBS) in der Fassung der II. Nachtragssatzung vom 13.11.1993 in den Teileinrichtungen Grunderwerb, Freilegung, Mischflächen, Straßenoberflächenentwässerung und Begrünung endgültig hergestellt. Die Kosten der Beleuchtung werden zu einem späteren Zeitpunkt abgerechnet.

Sachdarstellung / Begründung:

Die Erschließungsanlagen Moureauxstraße und Herkenfelder Weg sind mit Ausnahme der Teileinrichtung Beleuchtung erstmalig hergestellt.

Da die Stadt Bergisch Gladbach beabsichtigt, in den kommenden Jahren das gesamte Beleuchtungssystem im Stadtgebiet auf digitale Technik umzustellen, wurden aus wirtschaftlichen Gründen in der Moureauxstraße und am Herkenfelder Weg zunächst die bisher vorhandenen provisorischen Beleuchtungseinrichtungen weiter verwendet. Damit sind die Erschließungsanlagen hinsichtlich der Teileinrichtung Beleuchtung noch nicht endgültig hergestellt.

Die Beleuchtungsanlage ist gemäß § 8 Abs. 1 Buchstabe a) der städtischen Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen (EBS) Herstellungsmerkmal und damit grundsätzlich zwingende Voraussetzung für die Abrechnung. Eine Ausnahme hiervon ist nur im Wege der Kostenspaltung gemäß § 7 EBS möglich. Daher ist die Abrechnung der bereits entstandenen Aufwendungen im Wege der Kostenspaltung geboten. Die Beiträge können so noch im Jahre 2010 haushaltswirksam vereinnahmt werden. Anderenfalls wird sich die Refinanzierung des bisherigen Aufwandes um unbestimmte Zeit verzögern.

Gemäß § 7 EBS obliegt dem Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr die Beschlussfassung über die Kostenspaltung.